

Anlage zur DS 198/17

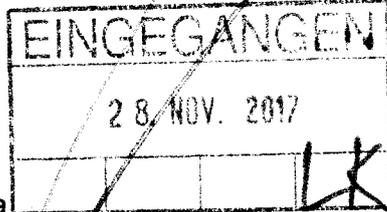
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN • Kreistagsfraktion Unna • Friedrich-Ebert-Str. 17 • 59425 Unna

An

den Landrat

Herrn Michael Makiolla

im Haus



BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Kreistagsfraktion Unna

Friedrich-Ebert-Straße 17

59425 Unna

Telefon: 02303-27-27 06 / 05

Fax: 02303-27-17 99

E-Mail: gruene.kreistagsfraktion@kreis-unna.de

Internet: www.gruene-kreis-unna.de

Geschäftsstelle: Stephanie Schmidt

Fraktionszimmer:

B.117 im Kreishaus

Unna, 28.11.2017

Anfrage zu den geplanten Kürzungen bei den Mitteln für die Soziale Beratung von Flüchtlingen

Sehr geehrter Herr Landrat Makiolla,

die schwarz-gelbe Landesregierung sieht in ihrem aktuellen Haushaltsentwurf im Bereich der finanziellen Förderung der Flüchtlingsberatung eine drastische Kürzung um 17 Millionen Euro vor. Dies ist eine Reduzierung um rund 40 Prozent der Mittel, wodurch eine weitgehende Zerschlagung der Beratungs- und Betreuungsstrukturen für Geflüchtete droht. Sie setzt mit diesem finanziellen Kahlschlag die Flüchtlingsarbeit vor Ort in den Kommunen und in den Landeseinrichtungen massiv unter Druck. Den Kreis Unna wird diese Kürzung schwer treffen.

Die regionale Beratung von Geflüchteten dient der Unterstützung bei behördlichen Verfahren und bei der Orientierung in unserem Gemeinwesen. Auch wenn der aktuelle Zuzug niedriger ist als in den vergangenen drei Jahren, muss gerade jetzt eine nachhaltige Integration der neu Zugewanderten sichergestellt werden. Daher ist die Soziale Beratung weiterhin unverzichtbar. Und auch die Psychosozialen Zentren führen lange Wartelisten, so dass eine Kürzung an dieser Stelle gravierende Nachteile für viele Hilfsbedürftigen mit sich bringen würde.

Da dem Haushaltsentwurf der Landesregierung nicht zu entnehmen ist, wo genau gespart werden soll bitten wir die Verwaltung um die Beantwortung nachfolgender Fragen:

- Welche Auswirkung hat die geplante Kürzung im Förderprogramm „Soziale Beratung für Flüchtlinge“ für den Kreis Unna?
- Welche Träger / Einrichtungen sind betroffen?
- Welche Bereiche würden wegfallen? (Qualifizierungsmaßnahmen, dezentrale Beschwerdestellen, Fachbegleitung Rückkehr,...?)

Wir bitten um die mündliche und schriftliche Beantwortung unserer Fragen im Ausschuss für Soziales, Familie und Gleichstellung am 30.11.17. Sollte dieses aus Gründen der Kürze der Zeit nicht möglich sein, alternativ im Kreisausschuss am 11.12.2017.

Mit freundlichen Grüßen



Fraktionsvorsitzender